

Finalisten beim Innovationspreis Handwerk stehen fest.
KARRIEREJOURNAL S.39

Bewerber ernten von der Jury dickes Lob



Bildungsmesse am 28. und 29. Februar in Fulda.
KARRIEREJOURNAL S.41

Viele Wege führen zum Traumberuf



FULDAER ZEITUNG · HÜNFELDER ZEITUNG · KINZIGTAL-NACHRICHTEN · SCHLITZER BOTE / Samstag, 20. Februar 2016



Windräder so weit das Auge reicht: An manchem Abschnitt der Nordseeküste ist das schon Realität. In Spessart, Vogelsberg und Teilen der Rhön könnte das folgen.

Foto: dpa

Hohe Kosten, viel Ärger, wenig Erfolg

ENERGIEWENDE fünf Jahre nach Fukushima / Noch kein Beitrag zum Klimaschutz

Von **Volker Nies**

Fast fünf Jahre sind vergangen seit dem Unglück von Fukushima vom 11. März 2011. Auch damals stand die Landtagswahl in Baden-Württemberg kurz bevor. Die Bundespolitik reagierte mit einer schnellen und drastischen Energiewende. Fünf Jahre danach ist die Bilanz dieser Wende eher düster.

Mit dem Weltklimavertrag vom Dezember 2015 haben sich 195 Staaten verpflichtet, Maßnahmen zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes zu ergreifen. Das Ziel soll völkerrechtlich verbindlich werden, wenn genug Staaten den Vertrag innerstaatlich billigen („ratifizieren“), doch zu konkreten Handlungen verpflichtet das Abkommennicht.

Kein Industriestaat hat sich bereits so massiv auf den Weg der Energiewende gemacht wie Deutschland. Schon im Jahr 2000 wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen. Damals wurde das Prinzip eingeführt, dass der Staat dem Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne

und Biomasse eine feste Vergütung weit über dem Marktpreis verspricht – 20 Jahre lang, ohne Mengenbegrenzung. Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) versprach 2004, die „Förderung erneuerbarer Energien wird einen durchschnittlichen Haushalt nur rund einen Euro im Monat kosten – so viel eine Kugel Eis“.

Jede Familie zahlt 300 Euro

Heute zahlt eine Familie an EEG-Umlage 300 Euro im Jahr. Allein 2014 flossen 25 Milliarden Euro in die EEG-Umlage – etwa doppelt so viel wie der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Mit Fukushima nahm die Energiewende Tempo auf. Der Wind blies sehr schnell bis nach Osthessen, denn am 17. März 2011 hob der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Regionalpläne in Hessen auf. Die Planer sollten mehr Fläche für Windkraft vorsehen.

Das führt seitdem zu erheblichem Unfrieden in vielen Dörfern. Manche Dorfbewohner begrüßen Windräder in ihrer Gemarkung – aus Überzeugung

oder weil es eine Menge dabei zu verdienen gibt –, andere lehnen die Windräder vehement ab. Dass der Bau der 200 Meter hohen Windkraftanlagen massiv Natur zerstört, um, wie es heißt, die Umwelt zu schützen, provoziert in den betroffenen Gebieten ebenfalls große Widerstände.

Und die Entwicklung der Windkraft in Hessen steht ja vielleicht erst am Anfang. Das von Regierungpräsidentin Brigitte Lindscheid (Grüne) geführte Regierungspräsidium Darmstadt erklärt, das Ausschöpfen der derzeit diskutierten Windkraftpotenziale von 28 Terrawattstunden im Jahr bedeute eine Verzwanzigfachung der jetzigen Anlagenleistung bis 2050. „Zu jeder derzeit bestehenden Windkraftanlage müsste bis 2050 alle zwei Jahre eine weitere gleich große hinzu gebaut werden. Die benötigte Fläche würde unabhängig von der Anlagengröße etwa um den Faktor 20 steigen müssen.“

Mehr Windräder machen die Energieversorgung nicht sicherer. Strom muss genau dann erzeugt werden, wenn er gebraucht wird. Die Speicherung in großem Umfang funktioniert (noch) nicht. Anders als konventionelle Kraftwerke,

die dann viel liefern, wenn viel gebraucht wird, produzieren Sonne und Wind den Strom dann, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Ein Jahr hat 8760 Stunden. In weniger als 1300 Stunden liefern die hessischen Windräder voll. Bundesweit lag der Wert mit 1610 Stunden kaum höher.

Das Schwanken des Stromangebots stellt die Stromnetze

vor massive Probleme. Je höher der Anteil von Strom aus Sonne und Wind, desto größer muss die Reserve an konventioneller Stromerzeugung sein. Auch deshalb erreicht die Energiewende ihr Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß zu senken, nicht.

Das Ergebnis ist deprimierend: Trotz hoher Ausgaben kommt die Energiewende ihrem Ziel, die Emissionen an

Treibhausgasen zu reduzieren, kein Stück näher. Die deutschen Braunkohlekraftwerke, die sehr klimaschädlich, aber auch sehr preiswert laufen, haben nie so viel Strom produziert wie nach der Energiewende. Das Kohlendioxid, das in Deutschland eingespart wird, wird über den Handel mit Emissionszertifikaten anderswo zusätzlich produziert.

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) kritisiert, die Kosten der Energiewende seien „völlig aus den Fugen geraten“. „Die politische Blauäugigkeit, die in dieses Desaster führte, ist atemberaubend.“

Immerhin: Den Ausstieg aus der Kernkraft will in Deutschland niemand mehr rückgängig machen – während Japan, das in Fukushima die deutsche Energiewende befeuerte, neun neue Kernkraftwerke bauen will, China sogar 40, Großbritannien vier. Sogar unsere Nachbarn planen neue Kernkraftwerke: Polen sechs, Tschechien und Ungarn je zwei.

Wie die Energiewende den osthessischen Versorger RhönEnergie trifft und was Unternehmerverbände kritisieren, lesen Sie auf

ANLAGEN IN OSTHESSEN

Im Regierungspräsidium Kassel laufen derzeit 308 Windkraftanlagen, zwei davon im **Landkreis Fulda** (in Eiterfeld). Weitere 74 Anlagen hat das RP genehmigt, darunter acht im Kreis Fulda (5 in Eiterfeld-Buchenau, 3 in Hofbieber-Traisbach). 106 Anlagen sind beim RP beantragt, darunter 13 Anlagen im Kreis Fulda (10 in Eiterfeld-Buchenau, 1 in Eiterfeld-Reckrod, 2 in Petersberg).

Im Regierungspräsidium Gießen sind 327 Windräder in Betrieb, davon 204 im **Vogelsbergkreis**, 18 allein in der Gemeinde Freien-

steinau. Der Bau 41 weiterer Anlagen ist genehmigt, davon elf im Vogelsberg.

Im Regierungspräsidium Darmstadt sind 160 Windräder in Betrieb, davon 75 im **Main-Kinzig-Kreis**: 25 in Schlüchtern (1 weiteres ist genehmigt in Vollmerz, 10 im Windpark Breitenbach sind beantragt), 5 in Sinnatal (2 weitere in Sterbfritz sind genehmigt), 2 in Steinau (8 weitere in Hintersteinau sind beantragt). Weitere Anlagen stehen in Wächtersbach (10), Schöneck (9), Birstein (8), Brachtal (6), Gründau (5) und Nidderau (4). / vn